

Von den Betriebsräten.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat der Nationalversammlung eine Zusammenstellung vorgelegt, in der über Erfahrungen mit den Betriebsräten im Ruhrbergbau berichtet wird. Danach haben die Betriebsräte bereits zu außerordentlich zahlreichen Beschwerden über Übergriffe aller Art Anlaß gegeben. So hat in einer Reihe von Betrieben sich eigenmächtig in den Besitz von Vorräumen gesetzt und den Betriebsrat für abgesetzt erklärt. Andere Betriebsräte trafen, ohne die Direktion zu fragen, betriebliche Anordnungen, bestimmten unter anderem, daß an bestimmten Stellen nur fünf-einhalb Stunden gearbeitet werden sollte usw. Wie zu erwarten war, beantragte die Reichsregierung die Aufhebung dieser Maßnahmen. In einem ähnlichen Fall machte der Betriebsrat bekannt, daß bei den abgelaufenen Tarifverträgen Unorganisierte nicht berücksichtigt und zur Arbeit nicht mehr zugelassen würden. Unter „Bitte“ (1) des Reichskommissars, diese Bekanntmachung umgehend zurückzunehmen, wurde nicht stattgegeben, sondern sie wurde erneut angeschlagen, und zwar diesmal mit der Unterschrift der Betriebsverwaltung der vier anerkannten Bergarbeiterverbände. Außerdem ist es sehr häufig vorgekommen, daß Betriebsräte selbständig Anschläge machten, ohne sich mit der Betriebsleitung ins Benehmen zu setzen, während auf der anderen Seite Anschläge der Verwaltung, deren Inhalt den Betriebsräten nicht paßte, einfach abgerissen wurden. Daß die Aufgabe, für die Erhöhung der Förderung besorgt zu sein, von den Betriebsratsmitgliedern nicht im mindesten beachtet wird, ist aus fast allen Berichten ersichtlich. Insbesondere treten die Betriebsräte in den meisten Fällen gegen die Betriebsleitung ein; zum Teil wird gegen Leute, die sich bereit erklären, Übergriffe zu machen, mit terroristischen Mitteln vorgegangen. Ferner trafen sich häufig die Betriebsräte ein, Einflüsse zu setzen, um die Einstellung an, das ihnen noch gar nicht zuleist. Auch Drohungen mit Streiks werden häufig durch den Betriebsrat angewandt, und in einigen Fällen ist es sogar zu Tätlichkeiten und Mißhandlungen von Leuten gekommen, deren Einstellung der Betriebsrat verhindern wollte. Nach den Bestimmungen über die Betriebsräte sollen sie monatlich drei Kontrollbesuche machen; im übrigen hatten die Betriebsratsmitglieder, wie alle anderen, Arbeitspflicht zu fahren. Bei fast allen Betriebsräten machte sich jedoch das Streben geltend, überhaupt keine Arbeit mehr zu leisten. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat an die Nationalversammlung die Bitte gerichtet, daß bei den künftigen Entscheidungen über das Betriebsrätegesetz diese Erfahrungen und die von der deutschen Arbeiterfront wiederholt dargelegten und eingehend begründeten Bedenken berücksichtigt werden.

Vom vorbereitenden Reichswirtschaftsrat.

Das Reichswirtschaftsministerium vertritt die Ansicht, daß der Reichswirtschaftsrat im Reichsangehörigen der Entwurf einer Verordnung über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat, der in nächster Zeit dem Reichskabinett zur Beratung vorgelegt werden soll.

Danach wird die Reichsregierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung einen aus 200 Mitgliedern bestehenden Reichswirtschaftsrat einberufen, der für die Errichtung des endgültigen Reichswirtschaftsrats begutachtet und ausreicht bei der Gesetzgebung über grundlegende wirtschaftliche Fragen mitwirken soll. Zu

seinen wichtigsten Aufgaben gehört zunächst die Mitwirkung bei der Gesetzgebung über den Aufbau des neuen Wirtschaftsrechts durch Schaffung von Arbeitsverträgen, Unternehmerverträgen und der beiden zusammenfassenden Wirtschaftsräte. Dazu treten Beratungskommissionen, die sich auf diese Verträge beziehen. Der Reichswirtschaftsrat soll hierbei die Einheitlichkeit des Ganzen wahren. Ferner soll ihm vorbehalten werden die Regelung einer Reihe von wirtschaftlichen Fragen, die an sich im Wege der Gesetzgebung erledigt müßte. Vor allem aber sollen sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem vorbereitenden Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Er hat daneben das Recht, selbst solche Gesetzesentwürfe zu beantragen. Er kann ferner in seiner Gesamtheit oder durch seine Ausschüsse zur Aufklärung wirtschaftlicher oder sozialpolitischer Fragen verlangen, daß die Reichsregierung oder eine von ihr damit betraute Stelle von ihrem Recht, Auskünfte über wirtschaftliche Verhältnisse einzuziehen, Gebrauch macht und ihm oder seinen Ausschüssen die Ergebnisse ihrer Ermittlungen vorlegt.

Was die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrats anbelangt, so sollen einberufen werden 43 Vertreter der Verbände und Wirtschaftskreise, je zur Hälfte aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen, und nach sachlichen Gesichtspunkten außerdem auch nach Landesstellen aus der Industrie. Die Industrie soll gleichfalls 43 Vertreter bekommen, die wiederum in sachlicher und räumlicher Gleichung eingeordnet werden und sich gleichfalls je zur Hälfte aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammensetzen. Dem Rat, den Banken und dem Versicherungswesen sind 30 Vertreter vorbehalten. Der Verkehr und die städtischen Betriebe erhalten insgesamt 14 Vertreter. Auch sind die Vertreter der Schiffahrt, der Post und der Eisenbahn einbezogen. Das Handwerk wird zehn Vertreter erhalten, die Verkehrswirtschaft 20, die Beamtenwirtschaft und die freien Berufe 12. Hierzu kommen noch zehn mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesstellen besonders vertraute Persönlichkeiten, die vom Reichsrat zu ernennen sind, und zwölf von der Reichsregierung nach freiem Ermessen zu ernennende Personen, die durch besondere Leistungen der Wirtschaft des deutschen Volkes in hervorragendem Maße gefördert haben oder zu fördern geeignet sind.

Die Benennung aller dieser Vertreter erfolgt einerseits durch die Fachorganisationen und, insoweit es nach räumlichen Gesichtspunkten ausgenutzt werden, durch Handels- und Landwirtschaftskammern, den Industrie- und Handelsrat, durch den Zentralrat der deutschen Arbeitervereine, ferner durch den Reichsverband der Städte, den Verband der größten deutschen Landgemeinden, durch den Zentralverband deutscher Konsumvereine usw. Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat soll zunächst als beratendes Organ eintreten. Er soll dem Reichsrat als beratendes Organ eintreten. Er soll dem Reichsrat als beratendes Organ eintreten. Er soll dem Reichsrat als beratendes Organ eintreten.

Stegerwald über die Arbeiterbewegung.

In einer Versammlung des Kartells der Berliner christlichen Gewerkschaften sprach der Reichswirtschaftsminister Stegerwald über die deutsche Arbeiterbewegung in Gegenwart und Zukunft. Aus seinen Ausführungen sei folgendes wiedergegeben:

Die Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß hätten gezeigt, daß Deutschland außen- und innenpolitisch auf den Krieg unvorbereitet gewesen sei. Hindenburgs Verheerung, daß die Armee durch das Hinterland erobert werden sei, enthalte nur ein fiktives Bild. Deutschland hätte nach seinem kulturellen und geistigen Stande im Jahre 1870 nicht den notwendigen inneren Zusammenhang gehabt. Breite Schichten hätten keine innere Bindung mit dem Staat gehabt. Revolutionen bewegten sich immer in Extremen. Daher tue es auch die heutige Demokratie.

Regieren sei eine Kunst, die gelernt sein wolle. Die Gewerkschaften seien nun in der Regierung, nachdem sie — auch die christlichen — eben noch im Kampfe mit dem Staate standen. Viel Zeit zur Stellungnahme zu den Staatsfragen hätten sie nicht gehabt. Bei der Sozialdemokratie gehe es drinnen und drunter. Die Frage sei heute: können wir unsere 60 Millionen Einwohner weiterhin aus eigener Kraft ernähren? Nur drei günstige Faktoren seien übriggeblieben, die gute handelspolitische Lage, die Fähigkeit des deutschen Volkes und die Staatskraft. Wir stünden auf allen politischen Gebieten vor einem Neubau und vor der Unbekanntheit mit dem Neubau. Die politische Idee fehlte leider völlig. Auch die freien Gewerkschaften schwankten zwischen dem alten Klassenkampfgedanken und dem Gedanken der Arbeitergemeinschaft mit dem Unternehmer hin und her. Angestrebte und ungeführte Arbeit sei dringendes Erfordernis, vor allem im Bergbau und im Bergbauwesen. Im Bergbau sei gute Beschäftigung nötig, aber auch schärfste Bekämpfung aller Ausschweifungen, und in den Eisenbahnbetriebsverhältnissen unbedingt Zurückkehr zur Altkorruption. Das Land im Westen sei zu trocken und eine schlechte Aussicht der Einnahmen zu erwarten, dazu ein Verfall der deutschen Werte, namentlich Immobilien, zu lächerlich geringen Preisen im Ausland. Der Minister verlangte Sparsamkeit wie vor 100 Jahren sowie Drückung des Preisunterschiedes zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Die Revolution beginne mit Beschränkung, die deutsche Revolution dürfe aber nicht damit enden. Es sei gefährlich den Wert der Mittelschicht der Gewerkschaften zu überschätzen; auf die innere Gemeinschaft müsse man sich verlassen. Die Arbeiterbewegung müsse zeigen, daß sie staatsbürgerliche Gedanken habe sowie die Kraft, die Staatsmacht zu schaffen. Mit der Furcht vor der Straße könnten nicht Gesetze gemacht werden. Den Bestrebungen zur Arbeitervereinerung der Sozialdemokratie fehle der staatsbürgerliche und staatsbildende Gedanke. Im Ausland sehe man die vorläufige sozialistische Entwicklung. Deutschland könne keine Insel bleiben. Es müsse sich aber ein geschlossenes Wirtschaftssystem schaffen. Die Arbeiterbewegung stehe vor einer großen historischen Stunde. Die historische Arbeiterbewegung müsse dies erkennen, damit man nicht später sage, die große Stunde habe ein schwaches Geschlecht gefunden.

Die Versammlung nahm die Ausführungen mit lebhaftem Beifall auf, worauf Prof. Dr. Martin Schanz über den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau sprach. Er betonte das Recht der einheitlichen Kraft in den Verbänden der Nationalversammlung. Der ganze Aufbau stehe noch vor uns. Er verlangte schließlich die religiöse Wiedergeburt des Volkes. Nur durch diese und nicht durch staatliche Gesetze würden Recht und Gerechtigkeit in den letzten Jahrzehnten immer mehr aufgefressen werden, geistig und das neue Reich, die neue Wirtschaft und die neue Gesellschaft gegründet.

Minister Haentisch über seine Beziehungen zu Dr. Helfand.

Der preussische Kultusminister Haentisch machte einem Mitarbeiter des 8 Uhr-Abendblattes ausführliche Mitteilungen über seine persönlichen Beziehungen zu Dr. Helfand (Baron). Darin finden sich folgende Stellen: Der Ausbruch des Weltkrieges traf Dr. Helfand noch in Konstantinopel. Bei durchwegs folgerichtiger Fortsetzung des von ihm sein ganzes Leben lang geführten Kampfes gegen den Parlamentarismus sei er sich der türkischen Regierung gegenüber mit äußerster Deutlichkeit für den Anschluß der Türkei an die Mittelmächte ein. Wenn er auf diese Weise der türkischen Politik die denkbar wertvollsten Dienste leistete, so tat er das gewiß nicht den damaligen deutschen Machthabern zu Liebe, sondern ausschließlich im Dienste des Sozialismus, im Interesse der europäischen Arbeiterklasse. Auch sonst leistete Baron während des Krieges, immer derselben Linie folgend, durch seine persönlichen Beziehungen zu den Balkanländern und in den skandinavischen Ländern insbesondere durch das Vertrauen, das er bei den Arbeiterführern in diesen Ländern genoß, der deutschen Politik wertvolle Dienste. Diese Verdienste erkannte dann auch die deutsche Regierung an, indem sie ihn, den früher vor ihm wie oft Ausgewiesenen, wegen sogenannten Vandalismus eingeleiteten nicht mehr lästigen, sondern nun auch feindlichen Ausländer, mitten während des Krieges die preussische Staatsangehörigkeit verlieh, nachdem er schon vorher ohne Hinterlist den Berliner Bürgerrecht erworben hatte. Von seinem Vermögensgewinn weiß ich nur

soviel, daß der Grundstock dieser fagenhaften Vermögen in sehr ausgedehnten Lebensmittellieferungen liegt, die Baron im Namen der hohen Hofe für die Türkei während des Krieges ausführte. Baron verfügte mit wiederholter in unzweifelhafter Weise, daß er sich persönlich mit sehr viel geringerem Gewinn begnüge, als jeder andere, und daß die trotzdem sehr bedeutenden Einnahmen, die er aus diesen Lieferungen gezogen hätte, ausschließlich seinen besonderen volkswirtschaftlichen Kenntnissen und seiner Fähigkeit zu umfassender Zweckmäßigkeit einer Organisation solcher Unternehmungen zu danken sei. Ich habe nicht den mindesten Grund, auf bloße Verdächtigungen hin an diesen Angaben meines alten bewährten Freundes und Kampfgenossen zu zweifeln.

Dr. Heim entläßt.

Der Schwager des bayerischen Ministerpräsidenten, der zweite Bürgermeister von Augsburg, Hermann, hatte in einer Massenversammlung dem bayerischen Bauernführer Dr. Heim vorgeworfen, daß er seit einem Jahre der Monarchie verhaftet Vorwurf leiste. Dr. Heim verwahrte sich im „Bayer. Kurier“ gegen diesen Vorwurf und erklärte, daß er auf dem Boden der Demokratie stehe. Gleichzeitig mit dieser Erklärung macht Dr. Heim eine politische sensationelle Enthüllung, die unbedingt Weiterungen nach sich ziehen wird. Dr. Heim schreibt: Ein Herr, der der „Münchener Post“ sehr nahe stand und heute in hoher Stellung ist, kam vor den Wahlen vom 12. Januar mit dem Vorwurf zu mir, den Kronprinzen Rupprecht als Kandidaten aufzustellen. Die „Münchener Post“ kann sich bei dem betreffenden Herrn, den sie sehr gut kennt, über meine Haltung und Stellung erkundigen. Diese Enthüllung Dr. Heims kann nur so gedeutet werden, daß zurzeit der Eisenregierung von mehrheitlich sozialistischer Seite die Wahlkandidatur des Kronprinzen Rupprecht vorgeschlagen worden sei.

Die Aufgabe Litwinows.

„Litwinow empfing nachmittags Vertreter der Kopenhagener Presse und teilte ihnen in langem Vortrag den Zweck seiner Entsendung mit. Er betonte dabei, daß er auch den Auftrag habe, Friedensverhandlungen einzuleiten. Er führte folgendes aus: Ich will nicht näher eingehen auf die Erörterung der Bedürfnisse oder Fehler des sozialistischen Regimes, das jetzt Bolschewismus genannt wird, oder auf die Sozialregierung und deren Sympathie, wie wir sie nur, daß die Sozialisten über die öffentliche Meinung in den skandinavischen Ländern sich nicht verhalten lassen durch sozialen Fanatismus oder politische Sympathie, oder durch falsche Meinungen oder vorweggenommene Urteile sich irreführen lassen. Wirgen sie sich die Tatsachen vor Augen halten, sie fast abwägen, darauf die erforderlichen Schritte setzen und dabei an die Interessen ihrer eignen Länder denken, dann werden sie unvermeidlich auf dem kürzesten Wege zum Frieden gebracht werden. Es wird allgemein zugegeben, daß in Europa, auch in Asien kein Friede eintritt, solange der Krieg in Asien nicht aufhört. Die Sozialregierung ist trotz ihrer militärischen Siege und der Entdeckung neuer Kraftquellen bereit, mit den Alliierten jederzeit Frieden zu schließen. Großbritannien und Amerika haben große wirtschaftliche Interessen in Asien. Diese Interessen können von der Sozialregierung besser geschützt werden als von irgend einer anderen Regierung. Die Sozialregierung hat kein Interesse an internationalen Bewandlungen, sie wird sich nicht in politische Bündnisse und Kombinationen einmischen lassen. Solange das kapitalistische System in der Welt besteht, ist es auch von der größten Wichtigkeit für Großbritannien, daß der Friede in Asien wiederhergestellt wird. Was Frankreich angeht, so ist die Lage folgende: Je länger der Krieg in Asien dauert, je mehr Land dadurch ruiniert wird, desto länger muß Frankreich auf die Wiedergewinnung der Finanzen warten, und desto geringer ist die Möglichkeit, daß sie überhaupt bezahlt werden. Die Zeit ist jetzt für die Alliierten und die übrigen Länder gekommen, sich die gegenwärtige Lage vor Augen zu führen und eine schnelle Entscheidung zu treffen.“

Aus aller Welt.

Die Raubzüge auf die Banken am Tage nehmen in New York überhand. Die Pacific Bank richtete als Schutzmaßnahme probeweise einen Tüll vor, um ihn die Deutschen während des Krieges anlegen. Eine große Bejagung steht zur Verfügung.

Das stolze Schweigen

Roman von H. Courths-Mahler.

14. Fortsetzung.

Im Schloß war schon alles lebendig. Frau Reinhard, die Hausdame, war wie ein Feldherr von etlichen Stab von Dienern umgeben, die ihren Befehlen unterwürdig nachkamen. Unten am Erdgeschoß riefte man in den Wirtschaftsräumen schon das Frühstück. Geschäftig eilten die Diener hin und her, um alles zu ordnen und vorzubereiten zum Empfang der Gäste.

Hans trug, wie sein Onkel, den Jagdgang. Jeder Augenblick mußten die Jagdgäste einreisen; vorläufig natürlich nur die Herren, die sich an der Jagd beteiligen wollten. Die Damen wurden erst um zwei Uhr zur Tafel erwartet.

Onkel und Nefte begaben sich ins Frühstückszimmer und nahmen in Eile das Frühstück ein.

„Wo bleibt denn Walter? Er wird doch nicht krank geworden sein?“, fragte Onkel. „Er ist sehr elend“, sagte Onkel. „Heute.“

„Ich habe schon nach ihm gesehen, Onkel. Er befindet sich, wie ich schon sagte, in einem Zimmer. Er ist sehr elend, aber er wird sich bald erholen.“

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

„Aber, die feuchte Luft tut ihm gut“, sagte Onkel.

